

Richtung und Klarheit

Plädoyer für eine empirisch gestützte Hochschulpolitik

Peer Pasternack

Exzellenz und Massenuniversität

Ich kann an Herrn Kreckel unmittelbar anschließen. Provokativ zugespitzt ließe sich sein Plädoyer auch so zusammenfassen, dass wir uns von der allgegenwärtigen Exzellenzorientierung verabschieden sollten. Zwar ist Exzellenz durchaus etwas, dem ich vieles abgewinnen kann. Doch sind wir dabei in der merkwürdigen Situation, dass *alle* Hochschulen davon ausgehen, sie seien erstens exzellent, und sie müssten zweitens exzellent bleiben. In der Regel stimmen beide dieser Voraussetzungen der Debatte nicht bzw. nicht vollständig. Weder sind die Hochschulen in allen Bereichen exzellent – nicht in der Forschung *und* in der Lehre, nicht in *allen* Fachbereichen und Disziplinen und schon gar nicht in der Ausstattung –, noch werden alle exzellent bleiben. Denn Exzellenz ist das Außergewöhnliche, das grandios Überdurchschnittliche, das von allen anderen positiv Abweichende.

Gleichwohl ist Exzellenz der grundlegende Ansatz, wenn Hochschulen versuchen, für ihre Anliegen Legitimität in der Öffentlichkeit und bei politischen Entscheidungsträgern zu gewinnen. Das finde ich insofern merkwürdig, als die Hochschulen sich derart die Chance vergeben, überwiegend erfolgreich zu sein: Wenn alle exzellent sein wollen, müssen die meisten an ihren eigenen Ansprüchen scheitern.

Nun ist das freilich kein Plädoyer dafür, sich fortan auf die Durchschnittlichkeit zu fokussieren. Ich plädiere vielmehr für das Streben nach Solidität: Diese sollte bei einer angemessenen Selbsteinschätzung beginnen, und eine realistische Stärken-Schwächen-Analyse ist hier sehr hilfreich. Worauf zielt das normativ?

Ich fände es viel angemessener, wenn Hochschulen nicht unablässig und ausschließlich davon sprechen würden, dass sie exzellent sind und bleiben wollen und dass man ihnen dafür die exzellenten Ausstattungen bereitstellen müsse. Ich fände es sehr viel angemessener, wenn sie zunächst und vor allem sagen würden, wir möchten solide Forschung leisten und eine gute Ausbildung unserer Studierenden realisieren. Ich betone dies so, weil wir in einer Situation sind, in der Unterfinanzierung der Hochschulen kein neueres Phänomen ist, das erst seit den bspw. 90er Jahren auftritt. Vielmehr begleitet Unterfinanzierung die deutschen Hochschulen schon seit den 70er Jahren. Das seit dieser Zeit bekannte Stichwort ‚Massenuniversität‘ deutet dies an. Die Wahrnehmung der Hochschulen als Massenuniversitäten resultiert sehr viel weniger aus dem Umstand, dass die akademische Bildungsbeteiligung rasant gestiegen ist, als vielmehr aus dem Umstand, dass diese rasante Steigerung mit einer extremen Drängerei verbunden war und ist: Seit 25 Jahren hat jeder Student und jede Studentin statistisch zwischen einem halben und einem dreiviertel Studienplatz zur Verfügung. Erst durch diese Enge entstand und reproduzierte sich die Wahrnehmung von ‚Massen‘ an den deutschen Hochschulen.

Denn im internationalen Vergleich ist die Hochschulbildungsbeteiligung in Deutschland ja gar nicht so exorbitant.

Zum politischen Schlagwort war die Massenuniversität geworden, weil man davon ausging, dass die Bildungsbeteiligung sich irgendwann einrenken, auf die Kapazitäten hinschauen würde, oder aber dass die Gesellschaft irgendwann in der Lage sein werde, einmal doch angemessene Ausfinanzierungen zu gewährleisten. Ich bin nicht der Ansicht, dass eine Gesellschaft dies nicht tun kann. Ich bin aber der Ansicht, dass eine Gesellschaft, die dies tun will, dies mehrheitlich wollen muss. Das ist in der Bundesrepublik weithin nicht der Fall, im Land Berlin auch nicht. Wir haben weder in der Öffentlichkeit noch bei den politischen Entscheidern eine mehrheitliche Akzeptanz dafür, Hochschulen angemessen auszustatten. Das kann man bedauern. Jenseits dieses Bedauerns muss man aber mit dieser Situation umgehen.

Eine Form dieses Umgehens könnte m.E. sein, sich zunächst einmal auf eine sachliche Funktionsbestimmung zu konzentrieren, die Hochschulen heute zu erfüllen haben. Das ist in der Tat die Ausbildung von ‚Massen‘, also einer großen Anzahl von Studierenden, die mit jedem neuen Altersjahrgang von Absolventen und Absolventinnen aus den Gymnasien und sonstigen hochschulvorbereitenden Bildungswegen in die Hochschulen strömen. Überdies ist es mittlerweile weitgehender Konsens, dass diese bereits große Anzahl in Deutschland nach wie vor zu gering ist: Wir müssen uns von der gegenwärtigen Quote von etwas über 30% Hochschulbildungsbeteiligung pro Altersjahrgang wenigstens steigern auf 40%, perspektivisch aber auch darüber hinaus.

Es gibt Gründe dafür. Diese hängen damit zusammen, dass wir einen technologischen Wandel in der Wirtschaft und soziale Wandlungsprozesse in der Gesellschaft zu bewältigen haben. Daher werden andere Qualifikationsprofile benötigt – Qualifikationsprofile, die im nichttertiären Bereich so nicht mehr vermittelbar sind. Benötigt werden Menschen, die für die Beherrschung von sehr komplexen berufsweltlichen Anforderungen ausgebildet sind. Diese Anforderungen weisen einen Grad von Komplexität auf, der voraussetzt, dass man einmal eine Kontaktphase zur Wissenschaft gehabt hat, methodisches Bewusstsein gewinnen konnte und sich die Fähigkeit angeeignet hat, die Dinge, die man tut, kritisch zu hinterfragen auf ihre Sinnhaftigkeit, auf ihre Alternativität, also auf andere Problemlösungsoptionen hin – durchaus um sie dann ggf. doch so zu tun, wie sie anfangs schon geplant waren, aber dies dann aufgekärter, selbstaufgekärter zu tun.

Das sind Anforderungen, denen in früheren Zeiten vornehmlich eine sogenannte Elite in ihrem Berufsleben gegenüber stand. Doch genau dies, solche komplexe Anforderungen zu bewältigen, wird zum Massenphänomen. Und deshalb haben wir auch mit guten Gründen eine ‚Massenausbildung‘ an den Hochschulen.

Ein Weg, darauf zu reagieren, war in der Tat – das wurde von Kreckel hier schon angesprochen – die Differenzierung des Hochschulsystems in Universitäten und Fachhochschulen. Ein kleiner hochschulpolitischer Nebenstrang war der Versuch, beides zu vereinen in dem Modell der Gesamthochschule. Im Augenblick sind wir in einer Situation, wo – mit Ulrich Teichler zu sprechen – alle die Gesamthochschulidee haben wollen, es aber niemand Gesamthochschule nennen möchte, weil diese als politisch verbrannt gilt. So haben wir jetzt die Situation, dass die Universitäten auf die Anforderungen durch Differenzierung reagieren, indem sie Fachhochschulelemente in ihre eigenen Angebote inkorporieren – aber dies natürlich zu

denselben Kosten wie für alles andere, was sie sonst auch tun. Das ist auf Dauer nicht durchhaltbar. Wenn Universitäten Teile ihres Betriebes als Fachhochschule organisieren, dann werden sie es auch zu den Kosten der Fachhochschulen tun müssen. Um es ganz konkret zu machen: Dann werden sie es beispielsweise mit Lehrenden machen müssen, die dasselbe Lehrdeputat wie FachhochschulprofessorInnen haben. Das heißt: Sie werden es nicht mit Hochschul-lehrerInnen realisieren können, die in ihrem Zeitbudget 60% Forschungsanteil haben und diesen durch die vergleichsweise geringen universitären Lehrdeputate öffentlich finanziert bekommen.

Öffentliche Finanzierung und Ökonomisierung

Öffentliche Finanzierung ist m.E. ein ganz wesentliches Stichwort, weil es noch einmal deutlich macht, dass es einen Unterschied gibt, der in der öffentlichen Meinung häufig nicht gemacht wird, nämlich den zwischen Privatisierung und Ökonomisierung. Die Ökonomisierung ohne Privatisierung ist ein Teil des New Public Management. Diese Ökonomisierung kann in Teilen an Hochschulen sehr sinnvoll sein, in jedem Fall in dem Teil, der nicht wissenschaftlich, sondern wissenschaftsunterstützend ist. Das sind der unmittelbare Verwaltungsbereich und sonstige Servicebereiche, also Hochschulrechenzentren, Bibliotheken, Sprachenzentren, u.U. auch Hochschulsport.

Wir haben in diesen Bereichen ziemlich evident eines zu Tage liegen: Es ist weder nachvollziehbar noch gegenüber der Öffentlichkeit und den Steuerzahlern legitimierbar, dass in öffentlichen Hochschulen mehr Geld ausgegeben wird zur Erfüllung derselben Leistungen, die an anderer Stelle weniger Kosten verursachen. Alle die Bereiche, die nicht unmittelbar Forschung und Lehre berühren, stehen einer Ökonomisierung prinzipiell offen, und zwar mit guten Gründen: weil sich gezeigt hat, dass zusätzliche Anreize vonnöten sind, um Leistungserfüllung zu optimieren.

Diese Anreize, derer es dort bedarf, sind nicht allein durch intrinsische Motivation zu erreichen. Das ist ja auch motivationspsychologisch sehr schwer, sich innerlich jahrzehntelang den gleichen Ansporn aufrecht zu erhalten, immer die besten Leistungen für die Klienten beispielsweise eines Immatrikulationsamtes oder einer Raumverwaltung zu erbringen, jeden Tag die gleiche Motivation mitzubringen zur Arbeit und ständig danach zu streben, die Dinge dort zu verbessern. Dazu braucht es ganz offenkundig Anreize, die darüber hinausgehen. Diese können ökonomisch oder ökonomisierend sein, d.h. wettbewerbliche Mechanismen nutzend.

Formelle Privatisierungen, also die Organisation solcher Leistungen in Gestalt etwa einer gemeinnützigen Facility-Management-GmbH, halte ich hier für unproblematisch, wenn sie helfen, bisher in wissenschaftsunterstützenden Bereichen verausgabte Mittel ohne Leistungsverluste unmittelbar der Forschung und Lehre zuführen zu können. Im Einzelfall können auch materielle Privatisierungen sinnvoll sein: Es ist schließlich nicht aus der Freiheit von Forschung und Lehre abzuleiten, dass Hochschulen bspw. eigene Druckereien unterhalten müssen.

Eine andere Frage ist, wie weit man diese Anregungen, die das New Public Management bereit hält, in den Bereich von Forschung und Lehre hineinträgt. Hier, denke ich, muss sehr genau differenziert werden zwischen den verschiedenen Arten von Forschung und Lehre. In

der Lehre werden wir künftig z.B. eine sehr viel größere Bedeutung der akademischen Weiterbildung bekommen, d.h. forschungsgebundene Weiterbildung in der Regel für Leute, die in einem früheren biographischen Abschnitt mal eine Kontaktphase mit Wissenschaft hinter sich gebracht hatten.

In der Forschung können wir nicht davon ausgehen, dass alle Forschenden damit beschäftigt sind, den Stand der Grundlagen ihrer jeweiligen Disziplin voranzutreiben. Das muss auch gar nicht sein, angesichts der immensen Anzahl von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die es auf der ganzen Welt gibt, und angesichts einer faktischen Nichtsättigbarkeit der Gesellschaft mit wissenschaftlichen Angeboten. Moderne Gesellschaften verfügen lediglich über eine theoretische Sättigungsgrenze, nämlich dann wenn alle ihr Mitglieder Forschende und Lehrende wären. Solange es soweit noch nicht ist, ist es prinzipiell immer möglich, Ergebnisse aus wissenschaftlicher Forschung und Lehre aufzunehmen und zu verarbeiten, und wenn es nur derart ist, dass sie dann in bibliographischen Nachschlagewerken in solchen Räumen deponiert werden.⁷

Wir sind also in einer Situation, in der nicht alle, sondern nur der geringere Teil der Forschenden daran beteiligt ist, die Grundlagen der eigenen Disziplin mitzubestimmen und mitzuarbeiten. Sehr viel mehr sind damit beschäftigt, andere Forschungsarten zu betreiben: angewandte Forschung, Transfer von Wissen in Anwendungskontexte, Beratungsleistungen. Zudem werden wir eine Entwicklung haben, wo Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen phasenweise dort ihre Schwerpunkte setzen und dann wieder in anderen Feldern. Es ist kaum jemand die ganze Zeit seines Lebens Grundlagenforscher, kaum jemand die ganze Zeit seines Berufslebens forschender Berater.

Wir werden darüber nachzudenken haben, inwieweit außerhalb der Grundlagenforschung einzelne Forschungsbereiche, also andere Forschungstypen, nach Anregungen des New Public Management sinnvollerweise zu organisieren sind, und dies immer vor dem Hintergrund, dass wir Akzeptanz in der Öffentlichkeit und bei denjenigen, die die öffentlichen Hochschulen durch ihre Steuern finanzieren, dafür gewinnen müssen, was Hochschulen und Wissenschaftler treiben.

Soweit zunächst. Es war eine sehr allgemeine Erörterung. Die landespolitischen Implikationen werden Sie aber herausgehört haben.

⁷ Die Veranstaltung fand in der K.G. Saur-Bibliothek der Instituts für Bibliothekswissenschaften der Humboldt-Universität statt. Vgl. oben die Begrüßungsworte des Institutsdirektors.